



## Politische Bildung an Sachsens Schulen ins neue Jahrtausend führen – Jugendliche mit Urteilskompetenz und praktischer Erfahrung ausstatten

Sachsens Schüler haben bundesweit in ihrer gesamten Schullaufbahn am wenigsten Schulstunden politische Bildung. Dabei kommt etwa ein Gymnasialschüler aus dem Saarland – dem Heimatland unserer neuen Generalsekretärin – in den Genuss von etwa 160 Stunden Politikunterricht bis zum Eintritt in die Oberstufe – ein sächsischer hingegen erlebt nur durchschnittlich 50 Stunden, in denen er sich mit unserer Demokratie, ihrer Funktionsweise und den grundlegenden Kompetenzen in dieser komplexen Herrschaftsform auseinandersetzen kann. Schlechter geht es da nur bayrischen Gymnasiasten. Auch an anderen Schulformen liegen sächsische Schüler auf dem letzten Platz – ein Hauptschüler hat nur ein Jahr Gemeinschaftskunde. Dieser Zustand ist unhaltbar. Reflexartig tragen manche den Vorwurf vor, man wolle nun mit der Erhöhung der Stundenzahl nur „missliebige kritische Bürger in die „richtige“ politische Bahn lenken“, doch dieser Staatsbürgerkundevorwurf greift ins Leere. Wir folgen dem Beutelsbacher Konsens (1976) in seinen drei Kernforderungen: Überwältigungsverbot, Kontroversitätsgebot und politische Urteilsfähigkeit.

### **1. Grundlegende Kenntnisse vermitteln, Informationskompetenz stärken**

Gerade die Erhöhung der Stundenzahl ermöglicht es dem Fach Gemeinschaftskunde, wegzukommen von einer reinen Institutionenlehre hin zu einem Ort der Diskussion und Auseinandersetzung. So sollten nach der Vermittlung grundlegender Begriffe und Abläufe, etwa des Grundgesetzes und der parlamentarischen Demokratie, vor allem der argumentative Austausch zwischen verschiedenen politischen Positionen und das Verstehen politischer Prozesse im Vordergrund stehen. Außerdem kann so der Forderung zahlreicher gesellschaftlicher Akteure nach mehr praktischer Relevanz nachgekommen werden.

***Die Junge Union Dresden fordert daher, beim Erstellen des neuen Lehrplanes für das Fach Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft den Aspekt der politischen Urteilsbildung und Handlungsfähigkeit in den Mittelpunkt der Lernziele zu stellen.***

Themen wie das Ausfüllen einer Steuererklärung, das Gründen von Unternehmen oder das Führen eines Haushaltes in einer Volkswirtschaft und im Privaten können in einem geschützten Raum erprobt werden, was uns zur nächsten Forderung führt.

### **2. Praktisches Erfahren ermöglichen – Projektlernen als probates Mittel der Erprobung**

Die letzten Jahre haben aufgezeigt, dass in der Bevölkerung oftmals Unverständnis für die Langwierigkeit politischer Prozesse und die scheinbar schwerfälligen Reaktionen des demokratischen Staates besteht. Dem kann durch das persönliche Erfahren demokratischer Entscheidungsprozesse zumindest stückweise entgegengewirkt werden. Projekte zum Erstellen eines eigenen Grundgesetzes für einen hypothetischen Staat oder UNO- Rollenspiele können bei den derzeitigen Stundentafeln kaum ermöglicht werden und würden doch entscheidend zur Erkenntnisgewinnung beitragen.

***Die Junge Union Dresden fordert, dem Projektlernen durch Wahlpflichtbereiche im Lehrplan einen angemessenen Raum zu geben. Bestenfalls in Form einer Projektwoche.***



50  
51 Aber auch der Kontakt zu Personen in Verantwortung aus Politik und Wirtschaft ist  
52 besonders in Hinblick auf authentische Wissensvermittlung ein weiterer Aspekt, den  
53 moderner Gemeinschaftskundeunterricht ermöglichen soll.

54  
55

### 56 **3. Praktisches Erfahren braucht authentische Partner – Kontakt zu Unternehmen und** 57 **Verantwortungsträgern fördern**

58 Bisher ist insbesondere die Kooperation mit Unternehmen und Politikern ein  
59 unausgeschöpfter Pool an authentischer Erfahrung für Schülerinnen und Schülern. So  
60 führen zwar schon erfreulich viele Schulen in Sachsen das Projekt Unternehmensgründung  
61 durch, allerdings laden sich nur wenige Lehrkräfte dazu Experten aus der Wirtschaft ein.

62 ***Die Junge Union Dresden fordert daher die Staatsregierung auf, auf dem Portal „Lernsax“***  
63 ***eine Kontaktaufnahme mit Unternehmen der jeweiligen Regionen zu ermöglichen.***

64

65 Wir als politische Jugendorganisation kennen es aus der persönlichen Erfahrung – die  
66 direkte Kontaktaufnahme mit Schülerinnen und Schülern in der Institution Schule ist  
67 äußerst schwierig. Oft werden Kooperationen vom Lehrkörper abgelehnt und auf einen  
68 Besuch im Sächsischen Landtag beschränkt. Dabei besteht ein essentielles Ziel des Faches  
69 Gemeinschaftskunde darin, die Jugendlichen mit den notwendigen Kompetenzen zur  
70 Urteilsfindung und zum argumentativen Wettstreit politischer Positionen auszustatten.

71 ***Wir fordern daher ein, den politischen Parteien, die im Bundes- oder im Sächsischen***  
72 ***Landtag sitzen, den Kontakt zu Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen und etwa***  
73 ***Diskussionsveranstaltungen als Möglichkeit der Leistungsmessung und -bewertung in der***  
74 ***Oberstufe einzuführen. Dabei ist auf ein ausgewogenes Verhältnis aller demokratischen***  
75 ***Strömungen zu achten.***

76

77 Die Möglichkeit eines freiwilligen, zusätzlichen Praktikums wird erfreulicher Weise bereits  
78 von einigen Gymnasien in Form von Sozialpraktika wahrgenommen. Dabei können die  
79 Schüler Erfahrungen sammeln, die für ihr späteres Leben besonders wertvoll sind. Die  
80 Schule als geschützter Raum ist richtig und wichtig für junge Menschen, um sie auf das  
81 spätere (Erwerbs-)Leben vorzubereiten, sie kann jedoch nicht allein alle notwendigen  
82 Kompetenzen vermitteln. Neben dem Elternhaus stellt das eigene Erproben eine wichtige  
83 Form der Kompetenzvermittlung dar.

84 ***Die Junge Union Dresden fordert, freiwillige Praktika in Form einer zusätzlichen***  
85 ***Klausurnote anzuerkennen und zu fördern.***

86

87

### 88 **4. Stellenwert von politischer Bildung an allen Schulformen erhöhen**

89 Bereits eingangs haben wir darauf hingewiesen, dass politische Bildung an den  
90 verschiedenen Schulformen eine verschiedene Wertigkeit zukommt. In der beruflichen  
91 Bildung etwa ist sie Prüfungsfach. An Gymnasien hingegen kann das Fach in der Oberstufe  
92 abgewählt werden. Wir sprechen uns klar dagegen aus.

93 ***Wir fordern, dass Gemeinschaftskunde/Rechtserziehung/Wirtschaft nicht mehr***  
94 ***abgewählt werden kann und bis zum Abitur fortgeführt werden muss. Ebenso fordern wir***  
95 ***mehr Schulen im Freistaat Sachsen mit einem gesellschaftswissenschaftlichen Profil.***

96

97 Die hier vermittelten Kompetenzen haben eine zu hohe Alltagsrelevanz, um nach nur  
98 (bisher) zwei Jahren erlernt werden zu können. ***Daher begrüßen wir, dass Staatsminister***  
99 ***Christian Piwarz angekündigt hat, dass Gemeinschaftskunde ab dem Schuljahr 2019/20***

100 **ab Klasse 7 unterrichtet werden soll.** Um die sächsischen Schüler jedoch nicht stärker zu  
101 belasten, wären verschiedene Lösungen denkbar:

102

#### 103 4.1 Vorschlag zur Eingliederung von GRW ab Klasse 7 an Oberschulen

104 Neue, gleichmäßige Verteilung der WTH-Stunden, die bisher ab Klasse sieben sehr  
105 ungleichmäßig verteilt sind. So werden im ersten Jahr zwei, in Klasse 8 und 9 drei und in  
106 Klasse zehn null Wochenstunden für das Fach veranschlagt. Künftig könnte eine 2-2-2-2  
107 oder 2-2-3-1 Regelung eingeführt und damit eine Wochenstunde für Gemeinschaftskunde  
108 eingeräumt werden. Alternativ könnte Sport von drei auf zwei Stunden reduziert werden.  
109 Dies entspricht Regelungen der anderen Bundesländer.

110

#### 111 4.2 Vorschlag zur Eingliederung von GRW ab Klasse 7 an Gymnasien

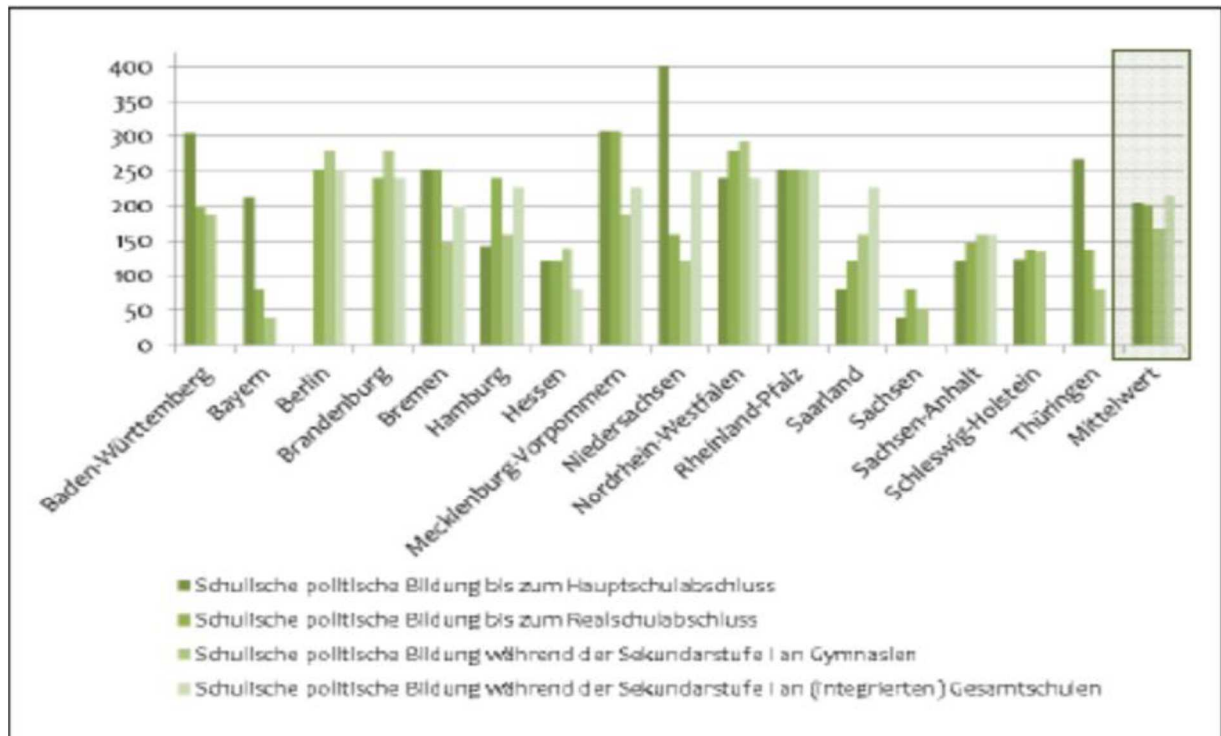
112 Die Reduktion der Sportstunden in Klasse 7 von bisher drei auf zwei, sowie der Musik- oder  
113 Kunststunden in Klasse 8 von zwei auf eine Wochenstunde ermöglichte die Einführung des  
114 Faches ab Klasse sieben auch an Gymnasien, ohne die Schüler mehr zu belasten.

115

116

### 117 **5. Fazit**

118 Politische Bildung ist Aufgabe der gesamten Institution Schule. Dennoch findet der  
119 Löwenanteil im Fach Gemeinschaftskunde statt. In seiner bisherigen Form ist es jedoch  
120 nicht den politischen Realitäten des 21. Jahrhunderts gewachsen und muss sich von einer  
121 Institutionenkunde hin zum Raum für Diskussion und Erprobung entwickeln, um den  
122 Herausforderungen einer immer komplexer werdenden, globalisierten Welt gerecht zu  
123 werden.



Quelle: <https://www.bundestag.de/blob/487700/d782a1c792d2e8b02d26a25ffb1b0835/wd-8-077-16-pdf-data.pdf>